

## **Haushaltsrede am 07. Dezember 2015 (Haushalt 2016)**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen!

Der Spruch „Planung ist der Ersatz des Zufalls durch den Irrtum!“, ist uralte. Allerdings wird er seit einiger Zeit durch einen Zusatz ergänzt, nämlich: „Wenn man mit Datenverarbeitung plant, kann man sich schneller und genauer irren!“

Traditionell planen Wiefelsteder Kämmerer stets „zurückhaltend“ und das ist nicht als Vorwurf zu verstehen.

Dass Planungen und Realitäten nicht immer übereinstimmen, zeigen die letzten Jahre – an dieser Stelle sei gesagt: „Zum Glück“, denn dadurch konnten Überschussrücklagen gebildet werden.

Bis zum 31.12.2012 hatten wir knapp 3,8 Mill. € „auf der hohen Kante“, jetzt zum Jahreswechsel (und unter Berücksichtigung der Jahre 2013 bis 2015) wird diese Überschussrücklage vermutlich auf ca. 5 Mill. € angewachsen.

Das ist gut so, darf aber nicht zur Sorglosigkeit verführen.

Zum Haushalt 2016 zeigte ein erster Verwaltungsentwurf noch ein beträchtliches Defizit von über 900.000,00 € auf. Durch Überarbeitungen konnte dieser Betrag zwar deutlich reduziert werden, aber erst durch die Modifizierung des Nds. Gesetzes über den Finanzausgleich (Nds. GVBl. Nr 10/2015, S. 131) konnte als Berechnungsgrundlage für 2016 eine deutlich höhere Schlüsselzuweisung von 934,70 € erfolgen (Dank an die Landesregierung!) und damit verbleibt ein planerisches Defizit von lediglich 61.400,00 € im Ergebnishaushalt. Und dieser Betrag kann evtl. im laufenden Haushalt sogar erwirtschaftet werden. Für die Zukunft sind sogar Überschüsse zu erwarten. Auf dieser Grundlage können wir den geplanten Investitionen natürlich zustimmen.

Bleiben wir bei der Zukunftsplanung.

Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich die Planungen zur Darlehensaufnahme in Höhe von 1,825 Mill. € für den Erwerb von Wohnbau- und Gewerbeflächen. Sollte – aus welchen Gründen auch immer – kein Erwerb möglich sein, gibt es natürlich (wie in 2015) keine Kreditaufnahme. Und wenn der Erwerb möglich sein sollte, stellt die Kreditsumme einen „durchlaufenden Posten“ dar, denn der größte Teil wird durch zeitnahe Veräußerungen (ca. drei Jahre später) zur schnellen Tilgung eingesetzt.

Wichtig ist, dass wir durch die Einplanungen schnell handlungsfähig bleiben.

Auf den Erwerb von Gewerbeflächen werde ich später noch eingehen.

Besonders begrüßt wird von der SPD-Fraktion die Einplanung von 500.000,00 € für den Ankauf von Wohnobjekten – damit kann ein (wichtiger) Beitrag zur „dezentralen Unterbringung“ der Flüchtlinge geleistet werden – obwohl wir mit der Einrichtung in Dringenburg diese Position verlassen.

Die anrechenbaren Mieten auf die Flüchtlings - Pauschale von 9.500,00 € pro Person und Jahr im Jahre 2016 (ab 2017 dann 10.000,00 €) lassen (zunächst unabhängig von späteren Nutzungen oder Veräußerungen der Immobilie) eine sichere Wirtschaftlichkeit erwarten.

Dass die Verwaltung dafür ein „bürgerliches“ Raten – Darlehen mit einer Laufzeit von 10 Jahren einplant, zeigt einerseits eine beachtliche Kreativität – aber andererseits erinnert diese Vorgehensweise an die berühmte „sparsame schwäbische Hausfrau“.

Auch der Hinweis, 2018 weitere Anteile an der KNN zu erwerben, wird von der SPD-Fraktion begrüßt. Das dafür erforderliche Darlehen in Höhe von 1,5 Mill. € sollte so früh wie möglich zu den günstigsten Konditionen vereinbart werden.

Die Entwicklungen der wesentlichen Einnahmen zeigen weitgehend in eine Richtung: aufwärts.

Bleiben die Grundsteuern A (ca. 200.000,00 €) und B (ca. 2 Mill. €) noch stabil, werden die Anteile an der Einkommenssteuer in den nächsten Jahren als relativ stark ansteigend erwartet (2016: ca. 6,6 Mill. € - 2019 ca. 7,6 Mill. €); bei der Gewerbesteuer werden bis 2019 moderate Steigerungen (von ca. 5 Mill. € auf 5,4 Mill. €) prognostiziert.

Auch der „Grundbetrag Finanzausgleich“ wird in den nächsten Jahren voraussichtlich stabil (um 950,00 €) bleiben.

Zu weiteren Zahlen (Konzessionsabgaben, Gewerbesteuerumlage, Kreisumlage) verweise ich auf die Aufstellungen im Haushaltsplan. Offen bleibt, ob in Zukunft Regelungen zur Bildung von Rückstellungen für die Kreisumlage verbindlich werden – aber auch das bringt uns nicht um den Schlaf.

Diese Entwicklungen machen deutlich, dass aus Sicht der SPD-Fraktion Veränderungen der Hebesätze nicht diskutiert werden müssen. (A= 300, B=320 und Gewerbe = 330).

Die Entwicklung der Personalkosten berücksichtigt bis 2019 realistische Einkommensverbesserungen, da sagt die SPD-Fraktion: Wer gut arbeitet, der soll auch vernünftig verdienen.

Ob allerdings die Planansätze für die bauliche Unterhaltung in den Jahren 2018/19 eingehalten werden können, scheint uns fraglich. Dies gilt auch für die Investitionstätigkeiten / Baumaßnahmen.

Wir könnten also mit der Entwicklung zufrieden sein, zumal die Steuereinnahmekraft als stabil angesehen wird.

Aber die SPD-Fraktion ist nicht „rundum“ zufrieden, weil wir als Gemeinde unter unseren Möglichkeiten geblieben sind.

Bereits am Jahresanfang hatten wir auf den Stellenplan aufmerksam gemacht und die Begleitung der Flüchtlinge durch Fachpersonal angeregt. Dafür wurden wir von einigen belächelt, „die (gemeint waren die Flüchtlinge) sind womöglich im halben Jahr wieder weg und dann?“, lautete eine Kommentierung. Bereits damals war aber doch zu erkennen, dass das Problem der Flüchtlingsbegleitung und Betreuung nicht allein durch ehrenamtliche Kräfte zu schaffen sein würde. Die Arbeit der vielen Ehrenamtlichen möchten wir ausdrücklich würdigen, aber auch diese brauchen „Entscheider“, die ständig ansprechbar sind und verbindliche Antworten geben können. Und in Dringenburg? Da fehlt uns ein Konzept – 50 Personen ohne Begleitung? Und es wird Veränderungen bei den Zuweisungen geben! Wir gehen davon aus, dass zusätzliches Personal (auch ohne Stellenplan) erforderlich werden wird.

Ein weiterer Punkt ist natürlich das „Ignorieren“ der Energiewende. Noch einmal: Natürlich geht es dabei auch um Geld. Aber: „Unsere Energiepolitik verbindet wirtschaftliche und sichere Energiegewinnung mit Versorgungssicherheit und Klimaschutz“, so heißt es in einem **CDU –Beitrag** und weiter wird ausgeführt, dass „Niedersachsen das führende Windenergieland in Deutschland“ ist.

Warum wehrt sich die Mehrheitsgruppe dann gegen eine Windpotenzialstudie? Selbst wenn diese Studie aufgrund formaler Kriterien geeignete Gebiete ausweist, ist damit noch keine Entscheidung verbunden, denn dann kommen die inhaltlichen Prüfungen (Umwelt, Vogelzählung, TA Lärm, städtebauliche Bewertungen usw.) – und erst dann kommt es zu einem Ergebnis. Diese Studie ist also Voraussetzung für sachbezogene Entscheidungen.

Jens Nacke hat in der Vergangenheit dazu viel erzählt, leider aber wenig Substanzielles.

Ein weiterer Punkt, der uns umtreibt, sind die Maßnahmen, die mit der Entwicklung der Kinderzahlen einher gehen. Sind wir wirklich auf dem richtigen Weg? Der Kindergarten am Thienkamp muss vergrößert werden (hatten wir einen größeren Ausbau nicht schon bei der Erstellung gefordert?), Betreuungsplätze fehlen. Schauen wir dabei nicht nur auf neue Baugebiete – immer stärker spielt auch die Fluktuation eine Rolle, ältere Häuser werden von jungen Familien (mit Kindern) gekauft, saniert und bezogen – sicher schwer vorab zu kalkulieren, aber es passiert. Apropos Bauplätze: In den Bauerschaften soll es weiter möglich sein (zur „Eigenentwicklung“) bauen zu können.

Bleiben wir bei den Kinderzahlen. Wir haben beantragt, für die Grundschule Metjendorf ein Raumkonzept zu erstellen. Warum? Weil uns die Kinderzahlen alarmieren.

Für die GS Metjendorf wurde stets eine max. „Dreizügigkeit“ angenommen. Und die Realität:

Ein Jahrgang (der jetzige zweite) ist bereits vierzünftig, im Sommer nächsten Jahres werden 93 Kinder eingeschult (bei mehr als 78 Kinder muss eine vierte Klasse eingerichtet werden), für 2017 stehen bereits jetzt 73 Kinder fest, für 2018 sind es 74 und 2018 schon 94 – alle Zahlen können (oder werden) eher ansteigen als fallen. Da gibt es Handlungsbedarf, zumal im Süden der Gemeinde die Bautätigkeit längst noch nicht abgeschlossen ist.

Noch eine Bemerkung am Rande: Wir ärgern uns auch ein wenig, dass wir über 200.000,00 € pro Jahr für die Beschulung unserer Mädchen und Jungen an anderen Schulen bezahlen müssen, weil wir selbst ohne Oberstufe geblieben sind...

Zur Baulandpolitik nur soviel: Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum besonders für Auszubildende, für einkommensschwache Menschen – egal ob als Familie, als ältere Einzelperson, als Alleinerziehende. Der Landrat hat in einem „Brandbrief“ an die Bürgermeister und an die Kreistagsmitglieder darauf hingewiesen – hier wurde er dafür mit der Bemerkung bedacht, dass „er ja keine Häuser baue und keine Bauleitplanung betreibe“... Dabei: wir könnten diesem Mangel wenigstens teilweise abhelfen, z.B. „Am Ostkamp“ in Verbindung mit der Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft, bei der Landkreis und Kommunen Mehrheitsgesellschafter sind.

Leider werden hier die Interessen eines Einzelunternehmers höher angesetzt!

Und zum Thema Gewerbeflächen: Ja, wir brauchen auch weiterhin für kleinere Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe kleinere Gewerbeflächen. Es ist aber an der Zeit, über den Tellerrand zu blicken, auch größere zusammenhängende Flächen anzukaufen – natürlich mit einer ordentlichen Beziehung zur Infrastruktur. Auf Dauer laufen wir Gefahr, dass sonst, wie schon geschehen, Firmen in Nachbargemeinden abwandern, weil wir noch nicht einmal eine Alternative zu ihren bisherigen Standorten anbieten können. Ein sensibles Thema, weil es um Flächen, Geld und Namen geht ... aber wie es gehen kann, zeigen uns Nachbargemeinden.

Zum Schluss: Mit der Mängelliste wollten wir an einigen Beispielen aufzeigen, dass trotz der guten Kassenlage viel Arbeit wartet. Vom 12. September 2016 an werden wir dafür gerne die Verantwortung übernehmen.

Der vorliegende Haushalt erfüllt nicht alle unsere Vorstellungen. Gleichwohl sind wir bereit heute zuzustimmen, wir werden jedoch während des Haushaltsjahres unsere Positionen einbringen.

Für die umfangreiche Arbeit bei der Entwicklung des Haushalts bedanke ich mich namens der SPD-Fraktion bei Bürgermeister Jörg Pieper, beim Fachbereichsleiter Herrn Aukskel, beim Fachdienstleiter Herrn Siemen und besonders bei der Frau, die vermutlich die meiste Arbeit hatte, bei der Sachbearbeiterin Frau Meyer.

Und da ich gerade das Wort habe: Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, allen Ratskolleginnen und Ratskollegen und natürlich auch den Zuhörern wünsche ich im Namen der SPD-Fraktion eine angenehme Adventszeit, frohe Weihnachten und für das neue Jahr Zufriedenheit und Gottes Segen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

*Jörg Weden*